Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 129 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 4,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 19. März

Anzeigenpreis: Einzige Inserenten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorausfreier Kasse.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Warum der Kaiser nach Holland ging

Eine Erklärung Hindenburgs

WTB. Berlin, 18. März.

Aus dem Großen Hauptquartier in Kolberg erhalten wir folgende Mitteilung:

„Großes Hauptquartier, den 17. März 1919.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder öfter mit der Frage beschäftigt, warum der Kaiser nach Holland ging. Um falscher Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Als am 9. November der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Heer nicht geschlagen. Aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind frische Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abschluß des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die Aufständischen bemächtigten sich im Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrspunkte, wodurch die Zuführung von Munition und Verpflegung gefährdet wurde, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Etappen- und Ersatztruppen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit des eigentlichen Feldheeres liefen ungünstige Meldungen ein.

Angesichts dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands wäre dann unvermeidlich; hätte sich doch zu dem Kampfe mit den zweifellos nachdrängenden äußeren Feinden der Bürgerkrieg gesellt.

Der Kaiser konnte sich ferner zur fechtenden Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Angriff den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heißersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden.

Der Kaiser konnte endlich außer Landes gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren Seelenkämpfen, lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterlande am treuesten zu dienen, Deutschland weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, ihm Frieden, Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Daß der Kaiser sich in diesem Glauben geirrt hat, ist nicht die Schuld Seiner Majestät.

gez. von Hindenburg."

Die neuen Steuern

Steuerlasten und Vermögensabgabe

Berlin, 18. März.

Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reiches ist nunmehr soweit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatenausschuß zu überreichen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Das ist umsomehr erstrebenswert, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzubauen und aus dem Schwebezustand eines überaus stark angespannten Kredits zu einer energischen Abbürdung der Reichsschulden und gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatenausschuß die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919, einer Vermögenszuwachssteuer, einer Kapitalertragssteuer, einer Grundwechselabgabe, einer Vergnügungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielkartensteuer beschäftigen. Ihnen wird u. a. der Entwurf einer Erbschaftssteuer in kurzem hinzutreten. Weitere Gesetzentwürfe werden allmählich folgen, und das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Ueber die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach dem voraussichtlichen Ertrage der einzelnen Steuern urteilt, zu sagen, daß sie eine ganz überwiegend direkte sein wird, während die indirekten Abgaben nur eine verhältnismäßig geringfügige Rolle spielen werden. Das entspricht den vom Minister Schiffer in seiner bekannten Rede in der Handelskammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige provisorische Reichsregierung in ihrer Veröffentlichung vom 31. Dezember 1918 angeschlossen hat.

*

Verfassungsberatungen in Preußen

Berlin, 18. März.

Der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung zur Vorbereitung der Reichsverfassung trat am Dienstag zusammen und verschiediede den Entwurf. Die grundlegende Bestimmung der Regierungsvorlage wurde durchweg aufrecht erhalten. Es wurde gegen die Angriffe der Rechten das Wort Republik in dem grundlegenden § 1 der Verfassung aufrecht erhalten. In § 8 wurde die Ernennung des Ministers dem Präsidenten der Landesversammlung zugewiesen. Der Gedanke der Einsetzung eines besonderen Staatspräsidenten fand nur noch geringe Vertretung, aber auch der Antrag der Demokraten, den Ministerpräsidenten durch die Landesversammlung selbst zu wählen, fand keine Mehrheit. Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige beschlossen die Ministerernennung durch den Präsidenten der Landesversammlung.

*

Wichtige Kabinettsarbeiten

Friedensdelegation — Betriebsräte.

Berlin, 18. März.

Das Kabinett befaßte sich gestern mit der Zusammensetzung der Kommissionen für die Friedensdelegation. Die Nachricht, daß es sich längere Zeit mit einer angeblichen Krisis Brockdorff-Rantzau beschäftigt habe, trifft nicht zu. Die Beschlüsse der Reichsregierung über eine gesetzliche Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung sind soweit gediehen, daß dieselben in aller Kürze dem Verfassungsausschuß zur weiteren Behandlung zugeleitet werden.

*

Radikale Landtagsbeschlüsse in Bayern

München, 18. März.

In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages stellte Ministerpräsident Hoffmann das neugebildete Ministerium vor. Es setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium, Aeußeres und Kultus: Hoffmann (Soz.), Justiz: Endres (Soz.), Inneres: Seaitz (Soz.), Finanzen: in Vertretung Staatsrat von Merkel, Verkehrswesen: von Frauendorfer (Fachminister), Soziale Angelegenheiten: Unterleitner (U. S. P.), Handel, Gewerbe und Industrie: Simon (U. S. P.), Landwirtschaft: Steiner (Bauernbund). Militärische Angelegenheiten: Schneppenhorst (Soz.).

Ministerpräsident Hoffmann gab eine längere programmatische Erklärung über die dringlichen Arbeiten der Regierung. Dem Ermächtigungsgesetz, durch das der Landtag dem neuen Ministerium weitgehende Vollmachten zur Leitung der Regierungsgeschäfte gibt, wurde von Rednern aller Parteien zugestimmt. Im Laufe der Sitzung wurden angenommen: ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Familienfideikommisse, ferner ein Gesetzentwurf, durch den der bayerische Adel aufgehoben wird, und ein weiterer Entwurf, nach dem Leben nicht mehr neu verliehen werden dürfen. Der Entwurf eines Landtagswahlgesetzes wurde von der Regierung zurückgezogen. Sie wird in Bälde ein neues diesbezügliches Gesetz einbringen. Am Schlusse der Sitzung gab im Einverständnis sämtlicher Parteien des Hauses der Abgeordnete Speck (Bayerische Volkspartei) eine Erklärung ab, in der gegen die Aufzwingung eines gewaltsamen Friedens, die Loslösung deutscher Gebiete, die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen und die versuchte Verhinderung des Anschlusses der Deutschösterreicher an Deutschland protestiert wird. In einmütiger Willenskundgebung stellte sich das ganze Haus auf den Boden dieser Erklärung. Darauhin wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ministerpräsident Hoffmann führte weiter aus: Immer noch läßt uns die Entente auf den ersehnten Frieden warten. Würde die Absperrungspolitik noch ein paar Wochen weiter betrieben, dann wird ein großes Volk und Land total ruiniert. Der Ministerpräsident forderte im Namen der Menschlichkeit die Beendigung der Blockade, die Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sowie die Freigabe unserer Gefangenen. In warmen Worten gedachte er der pfälzischen Brüder, die treu zu Bayern stehen wollen, und sandte weiter Grüße an die deutschen Brüder an der Donau. In Erörterung der innerpolitischen Lage erklärte Hoffmann, daß die neue Regierung die Souveränität des Volkes und des von ihm gewählten Landtages anerkennt, und betonte, daß es Aufgabe des Landtages sein werde, die Räte zu fruchtbringender Mitarbeit im öffentlichen Leben heranzuziehen. Das Programm der Regierung sei Frieden und Freiheit, soziale Fürsorge und wirtschaftlicher Aufbau nach neuen Grundsätzen. Es soll ein Programm der Tat sein. Die kapitalistische Wirtschaft sei jetzt und für alle Zeiten unmöglich geworden. Sichere aber die Entente nicht alle wichtigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, und erkennen die Volksklassen nicht die Pflicht zur Arbeit, so nützt aller Mut der Regierung nichts. Sie sei dann wehrlos. Arbeit sei das einzige Heilmittel für unser seelisch und wirtschaftlich gebrochenes Volk. Weiter erklärte der Minister, daß Bayern nicht darum dächte, sich vom Reiche loszulösen, daß es aber die Möglichkeit eines starken eigenen Lebens fordere. Der Weltkrieg müsse mit einer Versöhnung der Völker enden.

Bolschewistenfurcht in Paris

Die roten Garden besetzen Südrußland — Friedensangebot der Sowjetregierung an die Alliierten

Genf, 18. März.

Wie Pariser Blätter berichten, ist es den Bolschewisten in den letzten Wochen gelungen, in Südrußland und in der Ukraine beträchtliche Erfolge zu erzielen. Ihre Truppen stehen jetzt in dauerndem Kampfe mit den Don-Kosaken, die im Zurückgehen begriffen sind. Cherson und Nikolajewitsch sind bereits in ihre Hände gefallen, während die bolschewistischen Anhänger in Odessa sich gegen die ukrainische Regierung erhoben haben, trotzdem es in der Reichweite der französischen Geschütze liegt. In Podolien sollen die roten Garden bereits im Besitz von Luck sein. Ihrem Vordrängen nach der rumänischen Grenze wird nur von schwachen Kräften Widerstand geleistet. In Pariser Konferenzkreisen wird diese Meldung mit großer Beunruhigung aufgenommen, weil der Besitz der Ukraine den Bolschewisten die reichen Getreidevorräte in die Hände liefert und ihre Widerstandsfähigkeit stärkt.

Nach Pariser Meldungen werden die bolschewistischen Fortschritte in der Ukraine von seiten der Friedenskonferenz mit dem größten Interesse und nicht weniger großer Besorgnis verfolgt. Auf diese Erfolge ist es zum größten Teile zurückzuführen, daß von seiten der Alliierten nach dem Scheitern der Konferenz auf den Prinzeninseln keine positiven Schritte der russischen Frage erfolgt ist, weil man befürchtet, daß die Bolschewisten im Hinblick auf die Stärkung und das Wachsen ihres Einflusses auf einer Konferenz eine allzu herausfordernde Haltung einnehmen würden und versuchen würden, am Konferenztisch für die Zwecke einer Propaganda der bolschewistischen Weltrevolutionsideen einzutreten.

Nach einer in Paris eingetroffenen Depesche aus Kiew beschloß die Sowjetregierung, in den nächsten Tagen den Alliierten neue Friedensvorschläge zu unterbreiten. Sie würden eine Konferenz in Odessa vorschlagen und die Abtretung der Ukraine an Rußland verlangen. Dafür würden sie der Ukraine das Dongebiet, Kuban und Sibirien abtreten, andererseits würden sie die Zurückführung der Ententetruppen verlangen, dafür wären sie bereit, die Besetzung von Sewastopol und Odessa durch die Entente zuzugestehen.

Berlin, 18. März.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind die Spartakisten durch ihre letzten Mißerfolge weder entmutigt worden, noch ist infolge ihrer Niederlage ein Nachlassen ihrer Wühlarbeit zu spüren. Sie sind im Gegenteil rührigerals vordem. Augenblicklich sind sie mit allen Kräften bemüht, die langersehnte Verbindung mit den russischen Sowjettruppen herzustellen. Sie wollen dies nur dadurch erreichen, daß sie die russischen Sowjettruppen zu einem beschleunigten Vormarsch gegen die deutsche Grenze zu bewegen suchen.

Die Pläne der Bolschewisten

Amsterdam, 18. März.

Der zentrale Vollzugsrat in Moskau hat dem Generalstab des Roten Heeres befohlen, die Bildung eines Heeres von 150 000 Mann zu beschleunigen, das Ende April oder im Laufe des Mai über Polen und Kurland in Deutschland einfallen soll. Das Hauptziel dieses Heeres soll sein, sich mit den Spartakisten in Deutschland zu verbünden und die Hunderttausende russischer Kriegsgefangener zu bewaffnen. Angeblich soll der in russischer Kriegsgefangenschaft befindliche deutsche Major Busch diesen Plan entworfen haben.

Der Einmarsch-Grund der Polen

Oberschlesien in Gefahr.

Berlin, 18. März.

Die preußische Regierung beschäftigte sich gestern mit der kritischen Bewegung an der schlesischen Grenze. Nach zuverlässigen Nachrichten haben nicht nur die Tschecho-Slowaken bedeutende Streitkräfte gegen Glatz zusammengezogen, sondern auch die Polen über 80000 Mann zum Einmarsch nach Oberschlesien versammelt. Sie scheinen nur auf den Anlaß zu warten, um einzumarschieren und beruhigen zu können, ihn recht bald zu schaffen. Man hat Kenntnis davon, daß dieser Einmarsch zwischen den Polen und Tschecho-Slowaken verabredet wurde. Die beiden Regierungen ließen in Paris sondieren, wie ein militärisches Vorgehen in Oberschlesien von der Entente beurteilt werden würde. Aus Paris wurde damals geantwortet, zu einem Einmarsch in Schlesien bedürfe es eines Vorwandes. Ein solcher wäre etwa durch das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Oberschlesien gegeben. Diesen Wink hatte man in Prag und Warschau gut verstanden. Die kommunistischen Unruhen in Oberschlesien sind nur auf polnische und tschecho-slowakische Umtriebe zurückzuführen. Die rechtzeitige Verhängung des Belagerungszustandes brachte den von den Kommunisten hervorgerufenen Streik zum Scheitern. Von polnischer Seite wird seither wieder skrupellos gehetzt und alles versucht, um den deutschen Grenzschutz in Schlesien zu kompromittieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903191-17/fragment/page=0001

Was wird aus dem Kieler Kanal?

Paris, 18. März.

Die gestrige Sitzung des Obersten Hauses dauerte sehr lange. Wilson und Foch beteiligten sich mehrmals an der Diskussion. Es wurden zunächst maritime und Luftschiffahrtsfragen behandelt und in der ausgearbeiteten Form angenommen. Nur einige Erweiterungs-Zusatzanträge wurden eingebracht. Die Diskussion über die deutschen Kabel wurde nicht zu Ende geführt. Ebenso erzielte man keine Einigkeit in der Frage des Kieler Kanals. Es entstand die Frage, sollen die deutschen Kabel den Deutschen wiedergegeben und der Kieler Kanal den Deutschen gelassen oder internationalisiert werden? Man beschäftigte sich ferner in der Sitzung mit der Frage, ob die neuen Waffenstillstandsbedingungen den Deutschen unter dem Namen Waffenstillstandsbedingungen oder Präliminarfrieden vorgelegt werden sollen. Es scheint, daß man dem letzteren zuneigt.

Wilsons Ankunft ist in Paris ein Schwergewicht geworden. Die „Havas"-Meldungen über den Kieler Kanal lauten schon lange dahin, daß seine Verwaltung international sein sollte. Wilson scheint, wie auch über die deutschen Kabel, die man in englischen Zeitungskreisen bereits der Entente zugesprochen hatte, darüber anderer Meinung zu sein. Wilsons Beteiligung an der Debatte wird Fochs Gegenurteil herausgefordert haben, der uns Deutschen nicht das Atmen lassen würde, wenn eben — Wilson nicht da wäre. Je deutschemutiger jetzt unsere Haltung ist, desto nachgiebiger wird man in Paris sein, wo die „deutsche Gefahr" zusammen mit der Bolschewisten-Furcht ein gutes Beschleunigungsmittel ist.

Paris, 18. März.

Ueber die diplomatische Lage trat in den Beratungen des Obersten Kriegsrates die völlige Uebereinstimmung zutage. Präsident Wilson hat wieder den Vorsitz der amerikanischen Delegation inne. Clemenceau, Lloyd George, Foch, General Desgoutes und die militärischen Sachverständigen des Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Versammlung beschäftigte sich fast hauptsächlich mit der endgültigen Festsetzung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich seines militärischen, Flotten- und Flugwesens auferlegt werden sollen. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von geringer Bedeutung vorgenommen werden, deren Wichtigkeit in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein interalliiertes militärisches Kommando nach Friedensschluß vorausichtlich nicht fortbestehen werde, und daß einzelne interalliierte Mächte auf Grund ihrer Verfassung nicht in der Lage sind, ihre eigenen Vorrechte einem interalliierten Komitee zu übertragen.

Die Konferenz der Neutralen

Paris, 18. März.

Pariser Blätter melden: Lansing hat für den 20. März eine nichtoffizielle Konferenz zusammengerufen, zu der die Vertreter der neutralen Staaten eingeladen sind. Die Teilnehmer dort ihre Ansicht über den Völkerbund-Entwurf zum Ausdruck bringen.

*

Erleichterung der Lebensmittelversorgung

Berlin, 18. März.

Die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen haben genau zwei Monate gedauert. Die ersten Bezüge Fett, Schweinefleischprodukte und kondensierte Milch werden namentlich den Säuglingen und Müttern zugute kommen. Die Bezahlung der Posten ist bereits in die Wege geleitet. Die Lieferung erfolgt sofort nach der Bezahlung. Lieferant ist England. Die weiter schon gekauften 215 000 Tonnen Lebensmittel liegen in England, Frankreich und Belgien bereit und werden vermutlich innerhalb 30 Tagen geliefert werden. Der Preis beträgt Art des Verkehrs schon jetzt bei den Lieferungen von Amerika an etwa eine halbe Milliarde Mark. Außer den weiter monatlich zur Einfuhr bewilligten 370 000 Tonnen Lebensmitteln ist noch die Einfuhr von Fischen und Gemüse aus den angrenzenden Ländern gestattet. In Norwegen liegen bereits 100 000 Tonnen Heringe bereit. Der Handel mit den Neutralen wird so rasch wie möglich von den Beschränkungen befreit und der Post- und Telegraphenverkehr freigegeben werden. Mit der Lieferung von Rindfleisch steht es nicht gut aus. Auch fehlen für den Transport von Gefrierfleisch die geeigneten Schiffe. Auch die Einfuhr von Futtermitteln konnte nicht erreicht werden. Immerhin wird durch eine geringere Ausmahlung des Mehles ein entsprechendes Quantum Kleie gewonnen. Auch stellte Frankreich Kopra- und Palmenkerne in Aussicht. Reklamationen über die erfolgten Lieferungen sind nicht statthaft. Doch ist diese die Entente im Gebrauch. Die Preise werden natürlich wesentlich höher sein als die Inlandspreise. Deutscherieiß wird Kochmehl besonders ausgegeben, und zwar für einen höheren Preis, um so einen Ausgleich zu schaffen; für das übrige Mehl wird ein Mischpreis gefunden. Bei Speck und Fett werden sich die neuen Preise nicht wesentlich fühlbar machen.

Nach New-Yorker Blättermeldungen ruht durch den kürzlich erfolgten Ausbruch des Hafenarbeiterstreikes jetzt die gesamte Schiffahrt, so daß kein Schiff nach Europa abgehen kann. Die Lebensmitteltransporte werden von anderen Häfen ausgehen, doch wollen die dortigen Hafenarbeiter den Solidaritätsstreik beginnen.

Die Generalstreiksgefahr in England

Verschärfung der Lage

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Bern, 18. März.

Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo" meldet, sind wenig Aussichten für eine Vermeidung des Generalstreiks in England vorhanden. Die Zeichen der Gärung unter den Verkehrerverbänden mehren sich zusehends. Die Bergarbeiter bestehen auf die Verstaatlichung der Gruben, die Eisenbahner auf Verstaatlichung der Transportunternehmungen. Auf der Tagesordnung einer Versammlung des Gewerkschaftsbundes, die auf nächsten Donnerstag angesetzt ist, steht der Streik. Das Ultimatum der Arbeiter läuft diesen Sonnabend ab. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Die auf Freitag angekündigte Zusammenkunft der drei Verbände wird mit banger Sorge erwartet. Man sieht bereits voraus, daß die Bergarbeiter von den Beschlüssen der Untersuchungskommission nicht befriedigt sein werden. Wegen der Abweisung ihrer Forderung drohen zudem noch die Landarbeiter, im Frühling in den Ausstand zu treten.

Halle und Umgebung

Halle, 19 März.

— **Gassperre und Kohlenersparnis.** Aus unserem Leserkreise wird uns mit der Bitte um Aufnahme folgendes zugesandt: Die gegenwärtige Sperrzeit für Gas ist so gewählt, daß die Haushaltungen, die mit Gaskochapparaten versehen sind, diese für die Verrichtung ihrer Mahlzeiten nicht verwenden können. Das bedeutet nicht nur für den einzelnen Haushalt, dessen Vorräte an Kohlen in diesen letzten Monaten der kälteren Jahreszeit immer mehr zusammenschrumpfen, einen Mehrverbrauch an Kohlen, sondern auch für das gesamte Rohrgebiet des städtischen Gaswerkes eine Kohlenvergeudung. Denn der Verbrauch an Kohlen im Gaswerk für die Erzeugung der zum Kochen in allen angeschlossenen Haushaltungen erforderlichen Gasmenge reicht nicht heran an den Gesamtverbrauch an Kohlen durch die einzelnen Haushaltungen, die jetzt den Herd heizen müssen, statt die Gaskochapparate benutzen zu können. Ein Heizen mit Holz statt Kohlen aber würde wiederum, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Beschaffung der erforderlichen Holzmenge, viele Haushaltungen finanziell übermäßig stark belasten. Da die Tage jetzt länger werden, wäre es doch für das Gaswerk, das ja auch die nächtliche Sperrzeit hat aufheben können, ein Leichtes, täglich auf ein bis zwei Stunden, etwa zwischen 11 und 1 Uhr, die Sperre aufzuheben, nötigenfalls unter Ausgleich durch die entsprechende Zahl von Sperrstunden in der Nacht. Was in Leipzig möglich war, sollte doch in Halle ebenfalls angängig sein.

— Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft in Halle, die schon durch mancherlei Kundgebungen in den letzten Monaten an die Oeffentlichkeit getreten ist, besonders durch die erhebende Gesamtfeier in allen Kirchen der Stadt am 12 Januar, hielt am Freitag, den 14. März, ihre konstituierende Versammlung unter Vorsitz von Geheimrat Elze. In eingehender Besprechung wurde die vorgelegte Satzung angenommen. Zur Arbeitsgemeinschaft gehören alle evangelischen Kirchengemeinden und alle evangelischen Vereine der Stadt. Die Gemeinschaft verfolgt einen dreifachen Zweck: 1. das evangelische Bewußtsein zu stärken, 2. das evangelische Leben zu wecken und zu pflegen und 3. das Wohl der evangelischen Kirche zu fördern. Jede Kirchengemeinde entsendet zwei Vertreter, jeder Verein einen Vertreter oder Vertreterin. Der Vorstand besteht aus 15 bis 20 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde gewählt: Geheimrat Elze (Stellvertreter Pastor Meinhof), zum Schriftführer Geheimrat Josephson (Direktor Spiergewski), zum Schatzmeister Superintendent Hellwig (Architekt G. Wolff). Der Jahresbeitrag beträgt für jede Kirchengemeinde 25 Mark, für jeden Verein 1 bis 10 Mark. Die Gemeinschaft arbeitet im einzelnen durch vier Arbeitsausschüsse: Verfassungs-, Gemeinde-, „Preß- und Jugendausschuß. Das Kirchenblatt für die evangelischen Gemeinden der Stadt Halle ist das Gemeinschaftsorgan. Die Vertreterversammlung tritt im Jahre mindestens dreimal zusammen.

— **Herrnhuter und Gnadauer Zusammenkunft.** Der Familien-Nachmittag am Sonnabend, den 22., findet um ½4 Uhr nicht Hedwigstr. 21, sondern Kl. Klausstr. 12, statt. Abschiedsbesuch von Pastor Williger. Vortrag: Zinzendorfs Lebensabend.

— **Der Wanderpokal der „H. S."**, um den gegenwärtig auf den hiesigen Fußballplätzen gekämpft wird, ist im Schaufenster unserer Geschäftsstelle ausgestellt.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 18. März. Die Kursbewegung der Börse ging auch heute nicht nach einer bestimmten Richtung. Vergnügungsaktien liefen vielfach Neigung zu Abschwächung erkennen, so gaben Gelsenkirchen, Harpener und Lothringer Hütte, sowie auch Phönix etwas nach. Von Rüstungswerten waren Deutsche Waffen und Rheinmetall höher, während Hirsch-Kupfer und Köln-Rottweiler nachgaben. Schiffahrtsaktien waren bei lebhaftem Geschäft zum Teil gut gehalten, zum Teil Hapag. Prinz-Heinrich-Bahn verloren einen ansehnlichen Teil der letztägigen Besserung. Orientbahn zogen weiter etwas an. Viel umgesetzt wurden Lombarden zu anziehenden Kursen. Die Börse zeigte im Verlaufe eine schwache Haltung, ohne daß die Veränderungen indes größeren Umfang gewannen. Am Anleihemarkt zeigten deutsche Anleihen zur Schwäche, während fremde unter Bevorzugung von Mexikanern recht fest waren. Die Börse schloß träge. Die Haltung der nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte war nicht einheitlich.

Produktenbericht.

Berlin, 18. März. Infolge der in den letzten zwei Wochen entstandenen Verzögerungen im Post- und Telegraphenverkehr ist eine Anzahl von Abschlüssen in Saatkartoffeln verhindert worden. Da der Verkehr am 15. März zu Ende gegangen ist, haben die Kartoffelgroßhändler eine Eingabe wegen Verlängerung an das Reichsernährungsministerium gerichtet, die indes abschlägig beschieden wurde. In Serradella ist Lokoware knapp geworden; die Tendenz bleibt fest. Saathülsenfrüchte sind andauernd stark begehrt. Runkelrüben werden von Molkereien gefragt; das Angebot ist ebenfalls nicht knapp. Dagegen stehen Kohlsaaten nur mäßige Offerten zur Verfügung. Im Verkehr mit Neubutter hat sich nichts verändert. Wetter: regnerisch mit leichtem Schneefall.

*

* **Spar- und Gewerbebank Leipzig.** Der auf den 6. April einberufenen Generalversammlung wird bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen aus einem etwa gleich hohen Reingewinn wie im Vorjahre (67 289 M.) die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (i. V. 6 Proz.) vorgeschlagen.

* **Dividendenvorschläge.** Das Automobilwerk Richard & Hering A.-G. in Ronneburg S.-A. schlägt eine Dividende von 10 Proz. (15) vor.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume	160,90
Halberstadt-Blankenb.	89,50	Gasmotoren Deutz	190,25
Halle-Hettstedter	78,—	Gebhardt u. Co.	249,50
Schantungbahn	127,—	Gelsenkirch. Bergb.	166,7/8
Allg. Lokal-Str.	140,—	Glanziger Zuckerfbr.	—
Gr. Berl. Str.	130,50	Hallesche Masch.-Fabr.	220,50
Magdeburger Str.-B.	—	Hann. Masch.	201,—
Ostpreuß. Südbahn	182,75	Harpener Berg	157,25
Orientbahn	221,—	Hasper Eisen	190,25
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	167,—
Hambg. Paketfahrt	90,25	Höchster Farbw.	174,50
Hambg.-Südamerika	147,50	Hoesch Eisen u. Stahl	210,—
Hansa-Dampfschiff	166,7/8	Hohenlohe-Werke	110,50
Nordd. Lloyd	91,75	Humboldt-Masch.	130,75
Banken:		Ilse-Bergbau	160,—
Bank für Thür.	—	Kahla-Porzellan	318,—
Berl. Handelsges.	160,—	Kaliw. Aschersleben	156,50
Comm u. Diskontobank	124,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	121,—	Kyffhäuserhütte	—
Dess. Landesbank	—	Lahmeyer u. Co.	110,—
Deutsche Bank	227,25	Lauchhammer	162,—
Diskonto-Comm.	179,75	Laurahütte	180,—
Dresdner Bank	150,—	Linke u. Hofmann	280,—
Credit-Anst. Leipzig	157,75	Ludwig Loewe u. Co.	240,—
Mitteld. Kreditbank	122,—	Lothringer Hütte	147,50
Privat-Bank	122,50	Mannesmannröhren	175,50
Nationalbank für D.	—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	134,75
Oesterr. Kredit	—	do. Caro Hep.	120,75
Reichsbank	130,—	do. Kokswerke	213,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	173,—
Schultheiss-Brauerei	249,—	Phönix-Bergb.	188,75
Akt. f. Anilin	224,—	Rhein. Metall-Vorz.	200,—
Allgem. Elektr.-Ges.	164,1/8	Rhein Stahlwerken	143,50
Ammendorfer Papierf.	—	Riebeck. Montan	181,50
Anhalter Kohlenw.	160,—	Rombacher Hütten	154,—
Annaberger Steingut	176,75	Rositzer Braunk.	120,—
Badische Anilin	284,—	Rositzer Zucker	134,25
Bergmann Elekt.-Akt.	145,25	Sangerhäuser Masch.	146,—
Berl. Masch.-Bau	210,—	Hugo Schneider u. Co.	215,—
Bismarckhütte	182,25	Schuckert u. Co.	124,—
Bochumer Gußstahl	189,—	Siemens u. Halske	246,—
Chem. Fabrik Buckau	119,50	Stettiner Vulkan	149,25
Chem. Griesheim	167,75	Stollberger Zinkh.	115,50
Chem. v. Heyden	220,—	Strals. Spielkarten	218,—
Consolidation Schalke	241,50	Thale-Eisenhütte	223,—
Crölliwitzer Papierfabr.	212,—	Triptis-Akt.-Ges.	182,—
Daimler-Motoren	220,—	Türkische Tabakregie	360,50
Deutsch-Luxemburg	123,75	Ver. Köln-Rottweiler	228,75
Deutsche Uebersee-El.	163,50	Glanzstoff Elberf.	432,—
Deutsche Erdöl	249,75	Wegelin u. Hübner	—
Deutsche Gasglühl.	332,—	Wernsch-Weissenf. Brk.	147,50
Deutsche Kali	168,—	Westeregeln-Alkali	278,50
Deutsche Waff. u. Mun.	204,1/4	Wittener Gußstahl	138,25
Donnersmarckhütte	219,50	Wrede-Mälzerei	110,50
Döring u. Lehrmann	92,—	Zeich.-Kreibitsch. Drk.	—
Dürkoppwerke	297,—	Zeitzer Masch.	290,—
Elberfelder Farben	265,—	Zellstoff Waldhof	205,—
		Otavi-Minen	194,—

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

(Nachdruck verboten.)

Die Referendarin

13] Roman von Carl Busse.

„Haben Sie dem Hund denn verziehen?"

Er beugte sich herab und prüfte scheinbar interessiert die Zigarren.

„Er hat es ja nicht böse gemeint," erwiderte sie kühl.

„Geistreiche Unterhaltung," dachte Peter Körner. „Sie macht es einem wahrhaftig nicht leicht!"

„Ich probier' es zunächst mal mit dieser hier, bitte —"

Aber gerade, als er ihr die Kiste reichen wollte, heulte Satan draußen und stieß mit der schwarzen Nase gegen die Ladentür.

„Hören Sie ihn?" fragte der Referendar lachend. „Da ist der Missetäter! Er möchte seine Dummheit wieder gut machen. Bitte, erlauben Sie es ihm!"

Und rasch öffnete er die Tür. Die riesige Dogge erschien.

„Kotau!" befahl Peter Körner ganz ernsthaft.

Da streckte sich das Ungetüm mit den Vorderfüßen weit hin, daß der Kopf sich tief neigte, während die Kruppe hoch stand.

Auf Jule Fischers Stirn war einen Augenblick die senkrechte Furchung erschienen. Aber sie sah unwillkürlich doch nach dem Hunde hin und mußte lächeln.

„Das war die Sühnemission," sagte der Referendar. „Er ist Ihnen jetzt untertänig. Und wenn Sie mir erlauben möchten, mich vorzustellen — —"

Sie nickte rasch und verlegen, als er seinen Namen nannte.

„Wieviel darf ich hiervon geben? Die ganze Kiste?"

Aber er protestierte lachend. „Ich möchte doch erst versuchen. Und dann hol' ich mir meinen Tagesproviant lieber immer frisch."

Richtig — da war dieser schnelle Augenaufschlag wieder. Zusammengepreßte Lippen . . . sie hatte ihn verstanden. Er wollt' öfter kommen.

„Zehn?" fragte sie geschäftsmäßig.

„Bitte, gnädiges Fräulein."

Das „gnädig", sagte er zu sich selbst, war hier nicht angebracht. Es war hier geschmacklos. Aber sie zuckte dabei nicht zusammen; sie mocht' es gewohnt sein. Und warum feinfühliger als sie?

Er sah ihr zu, wie sie die Zigarren in eine Papiertüte schob. Einen einzigen Ring trug sie an der Hand, mit rotem Stein. Hände, die sehr gepflegt waren . . . vielleicht hätten sie eine Spur schmaler sein können.

Er zahlte und empfahl sich. Noch ehe er die Ladentür geöffnet hatte, hatte sich Jule Fischer umgewandt und ging nach dem Nebenraum. Gleichzeitig fast schlossen beide die Türen.

Da mußte Peter Körner lächeln. Spott kräuselte seine Lippen.

„Sie will auch als Verkäuferin Dame sein," dachte er, „und ist es gerade deshalb nicht. Sie wird ja fast unhöflich. Ja, ja — sie hat Stacheln, aber sie trägt sie Parade. Es ist nicht ganz natürlich."

Was hatte erläßmäßig am ersten Tage sich vorgenommen?

Ausbrechen! Das war die außerordentliche Sommeraufgabe.

Er brachte den Hund nach Hause und ging dann ins „Kamm". Nach dem Essen — er wollte schon aufbrechen — streckte er in einem plötzlichen Einfall der „neknickten Persönlichkeit" die Zigarrentüte hin.

„Wollen Sie mal versuchen? Neue Sorte!"

„Ach?" fragte Buttche, erstaunt und liebenswürdig ablehnend.

Da sah er auf der Tüte die Firma: „Paul Fischer, Großkirchen, Bietenstraße."

„Ach so," sagte er. Sein Gesicht ward süßsauer. Und mit einem Versuch zu scherzen: „Sie fangen mit dem Inoffiziellen früher an als mit dem Offiziellen." —

Am Nachmittag begann es zu regnen. Es platderte aus allen Traufen — eine eintönige Musik, die sich selbst belauschte. Denn auf den Straßen war fast niemand. Die Gassen schwollen an. Jetzt brauste der Wind darüber, ein rücksichtsloser, ungestümer Wind, der die Schirmdächer der vereinzelten Passanten umdrehte. Aber ein Wind auch, der rüttelte und reinigte — ein wilder Vorreiter des Frühlings.

Ganz durchnäßt, mit hochgeschlagenem Paletotkragen, kam Peter Körner nach Hause. Er mußte sich sofort umziehen. Er hatte keinen trockenen Faden am Leibe.

Als er sich im Schlafzimmer mit dem Frottiertuch warm rieb, hörte er es klingeln.

Bald darauf klopfte es erst an sein Arbeitszimmer, dann, nach einer Weile, öffnete jemand, und leichte Mädchenschritte kamen über den Teppich an die Schlafstubentür.

„Herr Referendar . . ."

„Welche von den sechs Neugebauerschen Grazien ist das?" dachte er. „Ach so, zwei waren ja nicht zu Hause." — „Was ist denn los?" fragte er durch die Tür.

„Es ist ein Herr da . . . möchte den Herrn Referendar sprechen."

Nach der Stimme konnte das Lenchen sein . . . Lenchen, die Klavier spielte.

„Wie heißt er denn?"

„Er hat seine Karte abgegeben . . . Herr Kühlke."

Die Karte wurde durch den Türspalt geschoben: „Gustav Kühlke, Stadtsekretär."

Hm! „Ich lasse den Herrn bitten!"

Man hörte bald den schweren, ruhigen Schritt des Besuchers.

„Bitte, haben Sie einen Augenblick Geduld," rief Peter Körner von drinnen und drohte der Dogge, die mit dumpfem Knurren sich erhoben hatte. „Bei diesem Hundewetter ist man klitschnaß."

„Bitte sehr — es eilt gar nicht. Ich kann warten!" scholl es vom Arbeitszimmer zurück.

Eine dunkle, angenehme Stimme. „Endlich ein Mensch, der Zeit hat," dachte der Referendar. Er zog sich aber doch rascher an.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191903191-17/fragment/page=0002